



Wiesbaden, 21. März 2013

Betreuungsgeld

Bettina M. Wiesmann: „SPD missbraucht den Bildungsgedanken, um Gleichmacherei zu betreiben – Familien gelingen, wenn sie frei über ihr Lebensmodell und ihr Zusammenleben entscheiden können“

„Die SPD missbraucht den Bildungsgedanken, um Gleichmacherei zu betreiben. Nur so lässt sich die fast schon panische Angst davor erklären, Eltern könnten ihre Kinder die ersten drei Lebensjahre selbst und zu Hause erziehen. Das Betreuungsgeld ist pädagogisch in der Regel richtig, familienpolitisch nachgefragt, volkswirtschaftlich rentabel und im Hinblick auf die Selbstbestimmung von Individuen wahrhaft fortschrittlich“, erklärte die Familienpolitische Sprecherin der hessischen CDU-Landtagsfraktion, Bettina M. Wiesmann, zur heutigen Plenardebatte, in der die SPD erneut das Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kinder in den ersten drei Lebensjahren zu Hause erziehen, massiv angegriffen hatte.

„Familien gelingen, wenn sie frei über ihr Lebensmodell und ihr Zusammenleben entscheiden können. Daher schreiben wir niemandem vor, wie er zu leben hat – auch nicht, wann jemand sein Kind in die vorschulische Betreuung zu geben hat! Deshalb sind wir für monetäre Leistungen wie das Kindergeld, das Elterngeld und auch das Betreuungsgeld. Eltern sind nicht Dilettanten, sondern Experten. Sie wissen in aller Regel sehr genau, was richtig und gut für ihre Kinder ist. Die SPD dagegen spricht Eltern auf breiter Front das Misstrauen aus und pocht auf die angeblich unersetzbare Professionalität der außerfamiliären Betreuung. Wir wollen Entscheidungsfreiheit für Eltern und unterstützen alle Formen des familiären Zusammenlebens“, so Wiesmann.

Die CDU-Familienpolitikerin verwies weiterhin darauf, dass entgegen der oppositionellen Behauptungen das Angebot an Betreuungsplätzen in Hessen massiv angestiegen sei. Noch 2005 gab es für nur 7,4 Prozent der Unter-3-Jährigen einen Betreuungsplatz. Heute stehe das Land dank der enormen Anstrengungen der Kommunen und der erheblichen Beiträge von Bund und Land bei einer Versorgungsquote von 32,3 Prozent und setze die Anstrengungen mit unveränderter Intensität fort, wie die Erteilung von Bewilligungsbescheiden aus dem Landesinvestitionsprogramm in Höhe von 60 Millionen Euro vor wenigen Tagen zeige. Dies sei ein überragender Beitrag für echte Wahlfreiheit der Eltern.

Das Land leiste insgesamt Enormes für frühkindliche Bildung in Hessen, unterstrich Wiesmann. „Die Aufwendungen des Landes für frühkindliche Bildung belaufen sich trotz Schuldenbremse und Haushaltskonsolidierung ab dem kommenden Jahr auf 424,5 Millionen Eurojährlich - nach 70 Millionen Euro unter Rot-Grün (1999), 100 Millionen Euro 2006 und 355 Millionen Euro 2012. Bezieht man die Zahl der betreuten Kinder (0 bis 8 Jahre) mit ein, stieg das Landesengagement von 2006 bis 2012 pro Kind und Jahr auf mehr als das Dreifache (444 Euro auf 1440 Euro). Diese Entwicklung zeigt, dass Politik für Familien eine Herzensangelegenheit der CDU ist“, sagte Wiesmann.